

Rede des IRH-Vorsitzenden Ramazan Kuruyüz beim Iftar-Empfang am 22. November 2001 im Orient Palace in Frankfurt

Sehr geehrte Frau Winterstein, Vizepräsidentin des Hessischen Landtags!

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Steinacker, Kirchenpräsident der EKHN!

Sehr geehrter Herr Dr. Klein, in Vertretung für Herrn Kardinal Lehmann!

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Seit den Terroranschlägen in den USA vom 11. September und dem Krieg in Afghanistan ab dem 7. Oktober erleben wir weltweit eine vielseitige Veränderung in den internationalen, interreligiösen und interkulturellen Beziehungen.

Die IRH hat umgehend und ohne zu zögern in aller Deutlichkeit diese Terroranschläge verurteilt und die Hoffnung auf eine rechtsstaatliche, völkerrechtliche und friedensfördernde Lösung in Afghanistan geäußert, gemäß dem islamischen Grundsatz: „Das Leben eines einzigen unschuldigen Menschen ist genauso wertvoll wie das Leben der gesamten Menschheit“. Kein Grund und kein Zweck dürfen das Töten unschuldiger Menschen rechtfertigen.

Dem Frieden in Afghanistan und in der übrigen Welt können wir von hier aus nur wenig, aber dem Frieden hier in Hessen und in Deutschland viel, konkret und wirksam beitragen. Der Frieden in der Welt beginnt erst zu Hause. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, uns dafür einzusetzen, dass alle Menschen in Hessen und in Deutschland in Frieden, in Freiheit, in Sicherheit und in Gerechtigkeit leben.

Der interreligiöse und interkulturelle Dialog hat nach dem 11. September für alle an Bedeutung gewonnen. Wir, die IRH, und unsere Dialogpartner von der evangelischen und katholischen Kirche in Hessen haben die Wichtigkeit des Dialogs - auch ohne den „11. September“ - frühzeitig erkannt. Bereits 1994 haben wir die Islamisch-Christliche Arbeitsgemeinschaft auf der Landesebene und 1996 die Christlich-Islamische Gesellschaft in Gießen gegründet und viele andere Dialogkreise in hessischen Gemeinden gemeinsam gefördert. Dieser Dialog geschieht einerseits in den Reihen der Basis in verschiedenen Formen: interreligiöse Wochen mit gemeinsamen Friedensgebeten von Juden, Christen und Muslimen, Podiumsdiskussionen, Seminare an Hochschulen, Lehrerfortbildungen, Klassenführungen und gegenseitige Besuche in den Gemeinden, Teilnahme an den Gottesdiensten, Konfirmandentagen und gegenseitige Einladungen zur Ramadan- und Adventfeier. Andererseits führen wir auf Führungsebene einen offenen Dialog: Lobend erwähne ich hier Ihren Einsatz, Herr Kirchenpräsident Prof. Dr. Steinacker, für einen offenen Dialog mit der IRH. Wir wünschen uns den konstruktiven Dialog auch mit den katholischen Bischöfen von Limburg und Fulda, die sich wegen anderweitiger Termine für den heutigen Abend entschuldigt haben. Ich freue mich, Sie, Herr Prälat Dr. Klein, in Vertretung des Herrn Kardinal Lehmann, heute Abend bei uns begrüßen zu dürfen.

Angeregt und geführt von Herrn Dr. Micksch, Vorsitzender des Interkulturellen Rates in Deutschland, wirkt die IRH mit Vertretern von Juden, Christen und Muslimen an der Gründung des „Abrahamischen Forums“ mit. Für Ihren Einsatz, Herr Dr. Micksch, danke ich Ihnen recht herzlich.

Der interreligiöse Dialog kann in einer erweiterten Form, in der Form eines Bündnisses der Religionen und Konfessionen in Hessen ausgebaut werden – ein Bündnis für Toleranz und gegen Gewalt. Die Konflikte in den

anderen Teilen der Welt dürfen kein Hindernis dafür darstellen, sondern uns mehr dazu motivieren, ein gutes Vorbild der Zusammenarbeit der Religionen hier in Hessen zu demonstrieren.

Mit gegenseitigen Schuldzuweisungen eben wegen diesen Konflikten können wir die hiesigen Probleme nicht lösen. Wir können selbstverständlich hierzu klare Positionen beziehen. Wir wissen, daß wir den interreligiösen und interkulturellen Dialog kontinuierlich vorantreiben und noch hierzu sehr viel leisten müssen.

Es bedrückt uns Muslime, dass unsere Religion, der Islam, der selbst „Frieden“ heisst, von manchen Kreisen absichtlich mit dem Terrorismus in Verbindung gebracht wird. Es beunruhigt uns auch, dass wir Muslime seit dem 11. September von manchen verantwortungslosen Kreisen zunehmend beschimpft, verachtet, verdächtigt und bedroht werden. Trotz Verurteilung und Distanzierung der gesamten islamischen Welt und der islamischen Organisationen auch in Deutschland von diesen entsetzlichen Terroranschlägen und ihrer Solidarität mit den Opfern und ihren Familienangehörigen in den USA sprechen diese Kreise nur vom „islamischen Terror“. Der Terrorismus ist mit den Grundsätzen des Islam nicht vereinbar. In diesen schwierigen Zeiten bitte ich Muslime, weiterhin besonnen zu bleiben und uns von keiner Seite provozieren zu lassen, den Frieden hier zu Hause zu stören. Lassen Sie uns weiterhin dafür verstärkt bemühen, dass der Islam von niemandem zu terroristischen Zielen missbraucht wird. Lassen Sie uns weiterhin dafür einzusetzen, dass das Vertrauen unserer Nachbarn und Mitbürger uns Muslimen gegenüber bewahrt und verstärkt wird.

Seit vierzig Jahren, seitdem wir die größte religiöse Minderheit repräsentieren, leben wir Muslime hier in diesem Land friedlich. Muslime und ihre Organisationen haben bisher dem sozialen Frieden und dem Wohlstand in diesem Land sehr viel beigetragen. Sie haben seit Jahrzehnten keine Gefahr für die innere Sicherheit dargestellt, sondern die Sicherheit in diesem Land positiv mitgestaltet. Die Politik soll dies in aller Klarheit wahrnehmen und in ihren Konzepten zur inneren Sicherheit mitberücksichtigen.

Dass es leider Schläfer gibt, hat sich herausgestellt. Aber der allgemeine Verdacht ist gefährlich und antiintegrativ und stigmatisiert die Muslime zu einer potenziellen Gefahr.

Die Diskriminierung Kopftuch tragender Frauen am Arbeitsmarkt nimmt zu; nun werden sogar hochqualifizierte muslimische Männer trotz Fachkräftemangel benachteiligt.

Auch die Muslime haben das Recht auf Sicherheit in Deutschland. Die rechtsradikalen Anschläge auf unschuldige und wehrlose Menschen in Mölln und Solingen und zunehmende Drohungen an muslimische Einrichtungen dürfen nicht ignoriert werden. Wir erwarten von der Politik, im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, gemeinsam mit allen gesellschaftlichen Kreisen Konzepte zu entwickeln, die die Sicherheit in Freiheit und den Frieden in Gerechtigkeit ermöglichen. Denn letzten Endes geht es um das Wohl unseres Landes und von uns allen!!! So wie es keine Freiheit ohne Sicherheit gibt, gibt es auch keine Sicherheit ohne Freiheit und keinen Frieden ohne Gerechtigkeit.

Gerade jetzt soll die Politik konkrete Zeichen auf Integration der Muslime setzen, um die Muslime für den sozialen Frieden in unserem Land weiterhin, aber verstärkt zu gewinnen. Integration bedeutet auch Partizipation. Die Muslime und ihre Organisationen sollen nun endlich als Mitgestalter und Mitwirkende in die Integrationskonzepte

miteinbezogen werden. Wer integrieren will, muss die Muslime und ihre Organisationen als gleichwertige und gleichberechtigte Kooperationspartner endlich anerkennen. Das Vertrauen der Muslime gegenüber dem Staat soll durch richtige und konkrete Schritte aufgebaut und gewonnen werden. Der Eindruck der politischen und juristischen Fehlentscheidungen auf die Muslime, ungerecht und nicht gleichberechtigt behandelt zu werden, soll abgebaut und korrigiert werden. Wir bieten ausdrücklich mit unseren integrativen Konzepten unseren Beitrag zur Verbesserung des sozialen Friedens, zur Integration und zur inneren Sicherheit in unserem Land an. Die Bildung ist eine Art des Brandschutzes. Deshalb wird z.B. unser Konzept zum islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache, unter deutscher Schulaufsicht und von hier ausgebildeten muslimischen Lehrkräften die Funktion der Vorbeugung gegen Radikalismus erfüllen und die Toleranz- und Dialogfähigkeit muslimischer Kinder fördern. Wir erwarten und hoffen, daß die Politik unser aufrichtiges Angebot wahrnimmt. Denn es ist die Zeit der Vernunft, des Dialogs und der Kooperation.

Ich bitte und fordere unsere Mitglieder auf, Hessen weit und vor Ort, wo sie leben, diesen Prozeß mit all ihrem Einsatz weiterhin mitzugestalten und mitzuunterstützen.

Ich bitte auch Sie alle, meine Damen und Herren, den interreligiösen und interkulturellen Dialog, das Bündnis für Toleranz, für gegenseitige Akzeptanz, für ein gleichberechtigtes Zusammenleben und gegen jede Art der Gewalt zu fördern.

Ramazan Kuruyüz

IRH-Vorsitzender